

Annäherungen und anhaltende Ambivalenzen. Die Liberalen und Bismarcks Friedensschlüsse 1864-1871*

I.

Um mit dem Ende zu beginnen: Die liberalen Zustimmungswerte zum letzten der drei Bismarckschen Friedensschlüsse waren hoch. Wenige Monate nach der Proklamation Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser kam es im Mai 1871 in Frankfurt zum Friedensschluss mit dem nunmehr republikanischen Frankreich, das hohe Reparationen zu zahlen und Elsass-Lothringen abzutreten hatte, was für weite Teile der Bürgertums vom gemäßigten Liberalismus bis in den beinharten Konservatismus ein Triumph war, der in der Rückschau zu einer Erinnerungsmelange aus Überwindung von Zwietracht zu sammenschmolz – einem Amalgam aus Sieg, Beute und nationaler Einheit und Größe. Bis zur sogenannten konservativen Wende, als 1877/78 in Folge der Einführung von Schutzzöllen durch die Reichsregierung die gegenseitige Unterstützung endete, war das Verhältnis zwischen Bismarck und den Nationalliberalen von konstruktiver Zusammenarbeit beim inneren Ausbau des Reiches geprägt: sei es beim Zustandekommen des Septennats, bei den Reformen des Justizwesens oder dem Kulturkampf und der harten Gangart gegenüber den Sozialdemokraten. An letzterer und an der Schutzzollpolitik zerbrach schließlich nach einem Jahrzehnt die Vernunftfehe zwischen Bismarck und der Mehrheit der Liberalen. Beide Parteien kehrten in ihrem Verhältnis zueinander in jenen angespannten, sich gegenseitig belauernden Zustand zurück, in dem man sich zu Beginn der 1860er Jahre befunden hatte.¹

Damals war mit Otto von Bismarck für die Liberalen der Beelzebub unter den preußischen Diplomaten zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Ein

* Ulrich Lappenküper zum 18. April 2019.

1 Lothar Gall nannte die gegenseitige Fixierung ein „Gegeneinander und Zusammenspiel“, bei dem der Liberalismus seine Seele verloren habe. Je stärker der Grad der Bismarck-Nähe zugenommen habe, desto größer sei die Zersplitterung geworden und die politische und soziale Integrationskraft des Liberalismus sei verloren gegangen. Lothar Gall: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland. In: Ders. (Hrsg.): Liberalismus. Köln 1985, S. 162-186, Zitate S. 177 f. S. dazu auch Joachim Scholtyseck: Bismarck und der Liberalismus in der neueren Historiographie. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 27 (2015), S. 9-25, hier S. 11 f.

personifizierter Antiliberaler, seit er 1848/49 die politische Bühne als königstreuer Junker betreten und sich auf dieser mit der Hilfe hochkonservativer Protektion etabliert hatte. Zwar hatte er sich als Diplomat in Frankfurt und noch stärker in St. Petersburg von den übergreifenden Vorstellungen der Brüder Gerlach von der Solidarität der Monarchen sukzessive gelöst und die Prinzipien der Heiligen Allianz gegen das Prinzip des machtpolitischen Zuwachses des preußischen Königs getauscht, aber in der liberalen Außensicht waren dies lediglich Binnendifferenzierungen innerhalb einer gegen konstitutionelle Bindungen und parlamentarisch-demokratische Teilhabe imprägnierten monarchischen Grundhaltung. Damit sollten sie im Grunde Recht behalten.

Wie sehr die diplomatische Schulung in der Paulskirche und auf den Jagdgesellschaften im Taunus sowie an den Höfen und in den Hinterzimmern an der Newa und der Seine in Bismarck die Tendenz zur „Realpolitik“ gefördert hatte, blieb zunächst verborgen. Schon bald haftete ihm dieser Zug der Zeit emblematisch an, obwohl er ihn keineswegs erfunden hatte. Von seiner Flexibilität bei der Wahl der Mittel für seinen Hauptzweck, das vor dem Hintergrund der verkürzenden Zuschreibung des Reichsgründers nicht oft genug zu wiederholende Erreichen einer preußischen Suprematie in Deutschland, ahnten die deutschen Liberalen buchstäblich nichts oder wenig, als er nach einem Gespräch in Babelsberg mit Wilhelm I. überraschend an die Spitze der preußischen Regierung trat.

Der Grund für seine Ernennung ist hingegen auf das Engste mit den Liberalen verbunden. Die Dominanz ihrer Opposition im preußischen Abgeordnetenhaus, im Laufe des Heeres- und Verfassungskonflikts durch Zugewinn an Wählerstimmen und parlamentarischer und organisatorischer Professionalisierung noch gewachsen, führte 1862 in eine veritable Staatskrise um die Vorrechte der Krone, deren Träger bekanntlich an Rücktritt dachte. Bismarcks Instrumentalisierung einer anscheinenden oder scheinbaren „Lücke“ in der Verfassung zerschnitt den Knoten, zumindest für den Moment. Die Indemnität für sein darauf folgendes nassforschendes Regieren ohne parlamentarisch bestätigtes Budget erbat er sich im Hochsommer des Jahres 1866 und er erhielt sie auch von der Mehrheit der gemäßigten Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus, die sich nun Nationalliberale nannten.

Es musste also etwas geschehen sein zwischen der fundamentalen Distanzierung bei seinem Regierungsantritt am 23. September 1862 und dem „Gesetz betreffend die Ertheilung der Indemnität in Bezug auf die Führung des Staatshaushaltes vom Jahre 1862 ab und die Ermächtigung zu den Staatsaus-

gaben für das Jahr 1866 vom 14. September 1866.“² Damit sind nicht nur die konservativen Stimmengewinne bei den Wahlen am 3. Juli 1866 gemeint, also am Ende und recht eigentlich noch nicht ganz nach dem, vereinfacht gesagt: preußischen Sieg gegen Österreich.³ Auch innerhalb der Liberalen musste sich etwas verändert haben, schließlich wurden Vertreter aus ihren Reihen in der Folge zu den wichtigsten Stützen der Regierung Bismarcks. Freilich waren das nicht die tapferen Abgeordneten der Fortschrittspartei, die bei ihren Prinzipien blieben und an der gesetzgeberischen Ausgestaltung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs auf traditionell oppositionelle Art und Weise teilnahmen. Durch Kooperation und Ämterübernahme sorgten vielmehr Nationalliberale wie Forckenbeck und Miquel für eine Annäherung und zeitweise Symbiose mit der Regierung Bismarck, die erst nach den genannten Veränderungen am Ausgang der 1870er Jahre ein ernüchterndes Ende fand. Bis dahin hatte sich gezeigt, dass diejenigen, die die Ergebnisse der Kriege der Jahre 1864 und 1866 begrüßten und damit auch deren in den Friedensverträgen festgeschriebene Begleiterscheinungen für den dänischen Nachbarn bzw. die annektierten oder eingegliederten deutschen Staaten in Kauf nahmen, d.h. die Nationalliberalen,⁴ in der Gunst der Wähler höher standen als die auf den altliberalen Prinzipien beharrende Rest-Fortschrittspartei. Deren Einwürfe wirkten in der Phase des nationalen Rausches wie Mäkeleien.⁵ Dies blieb auch nach 1871 und der französischen Niederlage so. Stimmen der Vernunft wie Theodor Mommsen, die in den Sedanfeiern einen Antriebs für französische Revanchegeleüste sahen, überzeugten keine liberalen Mehrheiten. Bismarck verachtete den „Professorenliberalismus“ der Fortschrittspartei, Rudolf Virchow und besonders Theodor Mommsen waren ihm ein Graus. Hier sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es innerhalb des Liberalismus umfangreiche Stimmen gab, die den kriegerischen Entwicklungen der Jahre 1864, 1866 und 1870 eher skeptisch ge-

2 Vgl. Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1866. Berlin [1867], S. 563-572; gedruckt in Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band 3: Bismarck und das Reich. Stuttgart 1963, S. 333-369.

3 Die Schlacht bei Königgrätz entschied am 3. Juli 1866 den Krieg zugunsten Preußens und seiner Verbündeten, der Präliminarfrieden von Nikolsburg wurde auf den 26. Juli datiert und der Definitivfrieden wurde am 23. August 1866 unterzeichnet. Vgl. dazu zuletzt den Sammelband Winfried Heinemann/Lothar Höbelt/Ulrich Lappenküper (Hrsg.): Der preußisch-österreichische Krieg 1866. Paderborn 2018.

4 Vgl. dazu umfassend Ansgar Lauterbach: Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungszeit (1866-1880). Frankfurt am Main 2000; und Karl Heinrich Pohl: Die Nationalliberalen – eine unbekannte Partei? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 3 (1991), S. 82-112.

5 Vgl. Andreas Biefang: National-preussisch oder deutsch-national? Die deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861-1867. In: Geschichte und Gesellschaft. 27 (1997), H. 3, S. 360-383; und Christian Jansen: Die Fortschrittspartei – ein liberaler Erinnerungsort? Größe und Grenzen der ältesten liberalen Partei in Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 24 (2012), S. 43-56.

genüber standen, was in der Presse, in den Diskussionen im Nationalverein⁶ und vor allem im Frühjahr 1866 auch in Antikriegskundgebungen zum Ausdruck kam. Dort ließ man sich durch die Gründung des Norddeutschen Bundes nicht moralisch erobern, sondern blieb bei der Opposition gegenüber der preußischen Dominanz nördlich des Mains.⁷ Die Gründe für die gegenseitige Abneigung zwischen Bismarck und den Liberalen blieben vielgestaltig (die liberalen Reden und Interpellationen im Norddeutschem Reichstag und preußischen Landtag sind Legion). Im Folgenden liegt der Fokus allerdings etwas enger auf den von liberaler Seite mehrheitlich begrüßten Friedensverträgen⁸ von Wien, Prag und Frankfurt. Hierzu sollen prominente liberale Stimmen der 1860er Jahre in ihren Einschätzungen der auf die Kriege folgenden Friedensschlüsse zu Wort kommen.

II.

Vor dem Blick in die Briefwechsel herausragender liberaler Köpfe soll ein Streiflicht auf die mediale Begleitung der Ereignisse in den „Grenzboten“, der wichtigsten nationalliberalen Stimme der Zeit, geworfen werden.⁹ Sicher vor der preußischen Zensur und dabei hart an der Grenze dessen, was man in Dresdner Regierungskreisen ertrug, war das seit den frühen 1840er Jahren erscheinende Blatt das Sprachrohr des deutschen Liberalismus.

Vor dem Frieden des Jahres 1864 hieß es:

„Mag immerhin selbst in einigen liberalen Kreisen Deutschlands die Borrusophobie auch in dem gegenwärtigen schicksalsvollen Augenblicke die Stimme des Patriotismus und der gesunden Vernunft gewaltsam unterdrücken –, und wenn Preußen das richtige Wort gesprochen haben wird, wird es das Volk und die Regierungen fortreißen und allen kleinlichen Eifersüchteleien Stillschweigen auferlegen. Dass aber Preußen an der Spitze Deutschlands eine Coalition, die schon bei ihrem Entstehen die Keime des Zerfalls in sich tragen würde, nicht zu scheuen

6 Vgl. dazu Andreas Biefang (Bearb.): Der Deutsche Nationalverein 1859-1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle. Düsseldorf 1995, passim.

7 Vgl. u.a. die Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ vom 5., 7. und 8. August 1866 (Nr. 180-182).

8 Als Ausnahme ist die „Volks-Zeitung“ zu nennen, die am 1. März 1871 in den Frankreich auferlegten Friedenbedingungen „die Keime eines neuen, besser vorbereiteten Krieges in sich trügen“. Zit. nach Ursula E. Koch, Berliner Presse und europäisches Geschehen 1871, Berlin 1978, S. 320.

9 Für die Darstellung und Bewertung der in den „Preußischen Jahrbüchern“, dem ebenfalls wichtigen nationalliberalen Sprachrohr, vgl. neuerdings Sebastian Haas: Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung (1858-1871). Berlin 2017.

braucht, darüber herrscht wohl in Preußen, und wie wir glauben in Deutschland nur eine Stimme.“¹⁰

In den zähen Monaten nach dem Sieg über Dänemark betonten die „Grenzboten“ zwar die Bedeutung der Freiheit der norddeutschen Mehrheit, da auch dort „das Volk die entscheidende Stimme haben müsse“, was „ein Fundamentalgrundsatz der liberalen Politik“ sei, „von dem wir unter keinen Umständen, auch bei der lockendsten Versuchung abgehen dürfen. [...] In dem Respect vor dem Volkswillen liegt das letzte Geheimnis unserer Stärke, diese Rücksicht bestimmt und beschränkt auch gebieterisch die Mittel und Wege unserer Politik.“¹¹

Bei allen liberalen Vorbehalten in Sachen prinzipieller Autonomie staatlicher Entitäten und deren stammesmäßig-regional gestimmten Bevölkerungen blieb die kleindeutsch-nationale Stoßrichtung der Grenzboten im Taumel des Jahres 1866 kein Geheimnis.

„Eine Einverleibung aller Staaten, welche dem preußischen Bündnis von jetzt ab widerstehen, oder bereits thatsächlich occupirt sind, wäre für Preußen keine militärische Unmöglichkeit. Diese gewaltsame Anfügung würde voraussichtlich die inneren Schwierigkeiten der Neugestaltung mit einem Schlage beenden. Wenn der Schwabe, der Bayer, vollends der Hannoveraner und Sachse über Nacht zu Preußen würden, so wäre die wahrscheinliche Folge: Unzufriedenheit, viel Gemurre und Kopfschütteln, vielleicht in Oberbayern einige peinliche Aufläufe und Executionen, in Jahr und Tag wäre alles in Ordnung, in fünf Jahren die ungeheure Mehrzahl in den neuen Großstaat eingelebt. In Wahrheit wäre dies für alle Theile das unvergleichlich Beste. [...] die meisten Staaten würden ihre Dynastien verlieren, aber Schwaben würde gut schwäbisch und Bayern bayerisch bleiben können bis zum Ende aller Tage.“

Enttäuscht sah man aber voraus, das Bismarck wegen seines Königs und wegen Bedenken der Großmächte diesen Weg nicht einschlagen werde: „Er wird das Princip des Bundesstaats festhalten.“¹²

Und wenig später hieß es weiter:

„Was der Frieden festsetzt, den wir nicht dictiren und nicht beeinflussen, muß die Grundlage werden für jede fernere Thätigkeit der nationalen Partei. Und solche Thätigkeit ist jetzt nur möglich, wenn wir die uns sichtbaren Zielpunkte Preußens unterstützen, und wenn wir uns die Beschränkungen gefallen lassen, welche sie zur Zeit unseren Wünschen auferlegt. Uns bleibt in Wahrheit keine Wahl, als im Sinne und im möglichen Einvernehmen mit Preußen zu handeln, und wo wir

10 N.N., Zur schleswig-holsteinischen Frage. In: Die Grenzboten 23 (1864), I, 2, S. 282.

11 N.N., Annexion oder Anschluß der Herzogthümer. In: Die Grenzboten 24 (1865), I, 1, S. 78.

12 N.N., Die Friedensverhandlungen. In: Die Grenzboten 25 (1866) II, 3, S. 163 f.

Wunsch und Forderung erheben müssen, darüber zunächst mit der preußischen Regierung Verständigung zu suchen.“¹³

Karl Braun machte in den „Grenzboten“ im September 1870 den Vorschlag, die europäische Nachkriegsordnung solle auf der „Abschaffung der Berufssoldaten (Offiziere natürlich vor- und beibehalten) durch Einführung der wirklichen ausnahmslosen allgemeinen Wehrpflicht bei allen europäischen Nationen“ und der „Abschaffung der bisherigen Diplomatenzunft“¹⁴ gründen. Letztere verkomplizierten einfache Dinge, eine Einschätzung der auch nach 150 Jahren kaum zu widersprechen ist, die sich aber weder am Ende des Deutsch-Französischen Krieges noch später durchsetzte. Vor dem Frankfurter Frieden 1871 waren die „Grenzboten“ wieder auf Regierungslinie:

„So ist nun wohl die blutige Saat beendet. Möge nun eine gnädige Sonne die Früchte reifen lassen. Wie aber auch die Entscheidung des französischen Volkes lauten wird, dessen mögen wir uns getrösten, daß in jedem Falle die Feder unsres Kanzlers Deutschland erhält, was das Deutsche Schwert gewonnen hat.“¹⁵

III.

Die „Grenzboten“ befanden sich mit diesen gewandelten Einschätzungen und Positionierungen durchaus im Einklang mit ihren liberalen Lesern. Vielleicht kann Theodor Mommsen, einer der prominentesten Liberalen, als ein durch seinen Biographen für uns zum Kronzeugen gemachtes Anschauungsbild des Wandels dieser liberalen Bewertungen dienen. Im Verfassungskonflikt war Mommsen lange Zeit ein entschiedener Gegner von Bismarcks Realpolitik. Als der wenig zimperliche Landjunker gegen die Presse vorging, die die flagrante Verletzung des Budgetrechts kritisierte, trat der seit 1848 beruflich in Regierungskritik erprobte Mommsen dem „Verein für die verfassungsmäßige Wahrung der Pressefreiheit“ bei und brachte sich damit noch mehr als Verteidiger der Freiheit in Stellung. Als jedoch der Schleswig-Holstein-Konflikt 1864 eskalierte, konnte das (nord-)deutsche Landekind Mommsen nicht aus seiner Haut und erklärte den durch die preußische Militärüberlegenheit erzwungenen Verbleib der nördlichsten Teile des Deutschen Bundes bei eben diesem zu einer „Frage zwischen Sein und Nichtsein.“ Als Mitglied der Fraktion der Deutschen Fortschrittspartei sprach er sich vehement für den Verbleib Schleswig-Holsteins beim Deutschen Bund aus, und das hieß – in die Sprache der Stunde übersetzt – für die Annexion durch Preußen. Hatte er in Berlin noch 1863 Versammlungen zur Einwerbung von

13 N.N.: Die Stimmung vor dem Frieden. In: Die Grenzboten. 25 (1866), II, 3, S. 204.

14 K[arl] B[raun]: Die diplomatische Zunft, September 1870. In: Die Grenzboten 29 (1870), S. 405.

15 H.B. [Hans Blum]: Nach dem Fall von Paris. In: Die Grenzboten 30 (1871), I, 1, S. 244.

Mitteln für den Thronansprüche anmeldenden Augustenburger geleitet, sahen die Dinge ein Jahr später ganz anders aus. Mommsen war, wie andere auch, ein Opfer des Siegestaumels geworden und setzte nun entgegen seinem vorherigen und vor allem entgegen seinem späteren Differenzierungsvermögen Bismarck in eins mit dem Wollen und Wünschen des deutschen Volkes. Mommsen pries den preußischen Ministerpräsidenten als deutschen Cavour. Die verstörenden, apodiktischen Sentenzen Mommsens findet man in einem Sendschreiben an seinen Wahlbezirk, in dem sich der noch junge Althistoriker damit einverstanden erklärte, „dass sich jedes Mittel“, auch das der Gewalt, rechtfertige: „Denn die Notwendigkeit und die Nation reden beide im kategorischen Imperativ und da der nationale Staat jede Wunde heilen kann, darf er jede Wunde schlagen.“ Krieg war für den Mommsen zwischen 1864 und 1866 als Mittel zur Herstellung der Einheit Deutschlands und preußischer Vorherrschaft legitim und er machte mit solchen Erklärungen Bismarcks Politik in weiten Teilen des liberalen Publikums salonfähig.¹⁶

Diese hegelianische Phase im Leben des politischen Gelehrten wird gewöhnlich vom Narrativ des tapferen Kämpfers gegen Bismarck verstellt, der Mommsen seit den 1870er Jahren zweifellos war. Umso stärker verdeutlicht sie die vorherige Suggestivkraft der preußischen Siege. Mommsen waren die Rechte der Klein- und Mittelstaaten nichts wert gegenüber dem Vollstrecker des Weltgeistes, der „wie einst Caesar in der römischen Republik das Vernünftige und Notwendige verwirklichte.“¹⁷ Die drastischste Formulierung findet sich in einem Brief an seinen Bruder Tycho: „Es ist ein wunderbares Gefühl dabei zu sein, wenn der Weltgeist um die Ecke biegt. Daß Deutschland eine Zukunft hat und daß diese Zukunft von Preußen bestimmt wird, das ist nicht mehr eine Hoffnung, sondern eine Tatsache und eine gewaltige für alle Zeiten.“¹⁸ Mommsen schrieb dies am 18. Juli 1866, 15 Tage nach dem Sieg der Preußen in der Schlacht von Königgrätz, acht Tage vor dem Vorfrieden von Nikolsburg (26. Juli) und einen Monat vor dem Frieden von Prag (23. August).

Mommsen stellte sich anschließend vorbehaltlos hinter die Gründung des Norddeutschen Bundes. Die darin zementierte Vormachtstellung Preußens mochten aber nicht alle im liberalen Lager akzeptieren, und Mommsen zeichnete somit für die Spaltung der Fortschrittspartei mitverantwortlich. Er setzte auf eine Zusammenarbeit mit Bismarck, musste aber erkennen, dass sein Ziel einer Stärkung des Parlaments mit diesem nicht zu erreichen war. Auch wenn er bald „den vollständigen Sieg des Militärstaats nach innen“ beklagte, war er im Herbst 1870 (wieder) auf der Seite der jubelnden Sieger

16 Stefan Rebenich: Theodor Mommsen. Eine Biographie. München 2002, S. 167.

17 Ebd.

18 Ebd.

und im Januar 1871 begrüßte er emphatisch die Gründung des Nationalstaats und die Annexion Elsass-Lothringens. Aber wie schon nach dem Friedensschluss des Jahres 1866 beruhigte er sich im liberal-antigouvernementalen Sinne auch nach 1871 wieder, als die dicksten Schwaden des patriotischen Pulverdampfs verzogen waren. Mommsens harte und anhaltende Kritik an der Reichs- und an der preußischen Regierungspolitik (besonders nach 1879 in der Liberalen Vereinigung) ist bekannt. Seinem Schwiegersohn Wilamowitz-Moellendorf schrieb er 1879: „Sonst drückt denn doch die politik auf jedes menschen (der nicht im ungemessenen Bismarckcultus verkommt [...]) gemüte.“¹⁹ Noch ein Jahr nach Bismarcks Entlassung machte er diesen für das schlechte Wetter verantwortlich: „Das Wetter ist freilich derart, daß man meinen könnte, der alte grimme Fürst sei nicht Exminister in Friedrichsruh, sondern Ministerpräsident beim Herrgott geworden.“²⁰ Mommsens Biograph Christian Jansen rechnete seinen Helden in Anspielung auf Lothar Galls Bild von der Rolle Bismarcks als Reichsgründer zu den „liberalen Zauberlehrlingen“, da sie zum Erreichen der deutschen Einheit den deutschen Nationalismus in den 1860er Jahren kräftig mobilisiert hatten, nach 1871 aber „über die Geister, die sie gerufen hatten“, ²¹ erschrecken.

Was 1864 zu den euphorischen, mit dem späteren Spott nur schwer in Einklang zu bringenden Zustimmungen Mommsens geführt haben dürfte, findet sich auch bei anderen schleswig-holsteinischen Landeskinderen als zeitweises politisches Narkotikum: ihr antidänisch gestimmter Patriotismus. So schrieb auch der die Ansprüche des Augustenburgers vertretende Jurist Karl Samwer am 31. Oktober 1864 an seine Frau, er sei über den Friedensschluss

„voll Dank zu Gott und weiß nicht, daß mir je irgend ein Ereigniß solche Freude gemacht hätte. Die Hauptsache, die Trennung der Herzogthümer von Dänemark, ist erreicht, und damit die Quelle vieles moralischen und materiellen Elends für die Herzogthümer verstopft, dieselben gehören nach vier Jahrhunderten wieder zu Deutschland.“²²

Ein weiterer Liberaler, der 1864 den Wiener Frieden begrüßte und damit ins Lager des zuvor kritisierten Bismarck wechselte, war Johann Gustav Droysen. Er hatte im Verfassungskonflikt die von der Fortschrittspartei vertretene zweijährige Dienstzeit unterstützt, nach dem Prager Frieden von 1866 hob er

19 Theodor Mommsen/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf: Aus dem Freund ein Sohn. Briefwechsel 1872-1903 Bd. 2. Hrsg. von William III. Calder. Hildesheim 2003, S. 1010.

20 Ebd. S. 538.

21 Christian Jansen: Volk – Nation – Recht. Theodor Mommsen als engagierter Bürger, Liberaler und Nationalist. In: Josef Wieschöfer (Hrsg.): Theodor Mommsen: Gelehrter, Politiker und Literat. Stuttgart 2005, S. 97-120, Zitat S. 119.

22 Karl Samwer (Hrsg.): Schleswig-Holsteins Befreiung. Wiesbaden 1897, S. 747.

hervor, schon lange vom „deutschen Beruf Preußens“ gesprochen zu haben.²³ Im Tonfall Mommsen ähnlich sah er in den Annexionen des Jahres 1866 und im Beschneiden der Souveränität der Mittel- und Kleinstaaten kein mit freiheitlichen Grundsätzen unvereinbares Vorgehen, sondern einen Geniestreich Bismarcks: „Dies Jahr 1866 allein schon macht es der Mühe wert, gelebt zu haben. Ich habe die kleine Freude nebenbei, dass die §§ 2 und 3 in der Reichsverfassung, die ich mit Mühe in den Entwurf der Frankfurter Reichsverfassung gebracht habe, ‚die Frage an Österreich‘, nun ihre definitive Antwort erhalten hat.“²⁴ Bismarck habe es meisterhaft verstanden,

„die unbelehrbaren Süddeutschen vorerst einmal auf halbe Portion zu setzen. Für meinen Geschmack hört bei diesen verbohnten Schwaben, diesen bockbierigen Baiern, diesen katholisierten Franken und Alemannen nicht bloß der Spaß, sondern auch der gesunde Menschenverstand auf. Zum erstenmal eine freiere Neugestaltung Deutschlands ohne Kommando fremder Mächte, zum erstenmal eine in Wahrheit nationale. Und derweil überbieten die verehrten Fragmente deutschen Volkes noch die vielgeschmähten Dynastien an blödsinnigem Widerstand gegen den größten Schritt, den wir seit Jahrhunderten vorwärts getan.“²⁵

Aber Droysen überzog, wenn er sich bei einer Reichstagskandidatur 1867 dem Wahlkomitee folgendermaßen beschrieb: „Ich bin wahrlich von Herzen liberal, aber diese deutsche Freiheitsgeilheit bei schimpflichster politischer Ohnmacht ekelt mich an.“ Droysens Verständnis von Liberalismus, das sich gegen „Freiheitsübernommenheit“, „Freiheitsdusel“ und „ewigen Verfassungsdusel auf die Melodien Parlament oder Ideen von 1789“²⁶ richtete, wurde von den Wählern nicht geteilt, er fiel durch. Seine Einschätzung der Ergebnisse des deutsch-französischen Krieges kann man sich denken.

Heinrich von Treitschke plädierte in seinem Artikel „Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. Eine Erwiderung“ in den „Preußischen Jahrbüchern“ für das Übergehen dynastischer Ansprüche zu Gunsten der nationalen Frage, es müsse „ein im guten Sinne revolutionärer Entschluß“ gefasst werden und der hieß Übergehen des Selbstbestimmungsrechts der Schleswig-Holsteiner und damit Aushebeln eines fundamentalen Rechtsprinzips seiner Partei.²⁷ Noch weiter ging ein anderer Historiker, Heinrich von Sybel, der bereits kurze Zeit nach Königgrätz dafür plädierte, nun auch gegen Frankreich in die Schlacht zu ziehen, wenn England und Russland neutral blieben. „Ich meine, man müßte es wagen“, er wollte also das Eisen der na-

23 Wilfried Nippel: Johann Gustav Droysen. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik. München 2008, S. 283.

24 Ebd. S. 284.

25 Ebd.

26 Ebd.

27 Harald Biermann: Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung. Düsseldorf 2006, S. 193.

tionalen Einheit schmieden, so lange es heiß war und Stimmen wie diese aus dem kleindeutschen liberalen Lager gaben Bismarck Rückendeckung bei den Verhandlungen für den Vorfrieden und den anschließenden Friedensvertrag.²⁸

Ein ähnliches Bestreben lässt sich bei dem Industriellen Werner Siemens feststellen. Der Begründer des Elektrizitäts- und Kommunikationsimperiums war 1848 als Soldat seinem Nationalgefühl in den Krieg gegen Dänemark gefolgt, und danach wie viele andere auch in eine gewisse politische Resignation verfallen. Als unter Wilhelm I. die Zeichen in eine andere Richtung deuteten, engagierte er sich zunächst im Nationalverein, und als vermeintlicher Erfinder des Namens „Fortschrittspartei“ saß er seit Dezember 1861 im preußischen Landtag. Als sich der Konflikt mit dem dänischen Königshaus zuspitzte, schrieb Siemens im Dezember 1863: „Die Schleswig-Holstein-Frage ist wie ein Feuerbrand in das Pulverfaß unserer inneren Zerwürfnisse gefahren und wirft Freund und Feind durcheinander. Es fragt sich jetzt in erster Linie, wer hat Sinn und Herz für ein künftiges und einiges Deutschland und wer nicht.“²⁹ Die Präferenzen des Unternehmers standen fest, und als es 1866 zu einem Krieg gegen Österreich kam, stand er, wenn auch nicht unkritisch,³⁰ an der Seite Preußens. Dieses müsse, schrieb er am 2. Juli 1866, „siegreich bleiben im Interesse deutscher Kultur.“³¹ „Geht alles wie erwartet, so stehen wir in 4 Wochen an der Donau, und ganz Deutschland ist tatsächlich unter einem Hut.“ Zu fürchten sei freilich ein Separatfrieden aus dynastischen Gründen: „Es ist zwar schrecklich, daß man das Vergießen von Bürgerblut begünstigen soll – ein Separatfrieden mit Bayern macht aber die größte Gefahr Deutschlands: die Mainlinie zum möglichen Kampfesresultat, und, dies zu vermeiden, ist kein Preis zu hoch!“³² Siemens teilte Bismarcks

28 Ebd. S. 213.

29 Werner Siemens an Carl Siemens am 3. Dezember 1863, zitiert nach Johannes Bähr: Werner von Siemens 1816-1892. Eine Biographie. München 2016, S. 223.

30 Am 11. Juni 1866 schrieb er seinem Bruder Wilhelm: „Übrigens glaube ich, der Sieg wird schneller und vollständiger sein, als es in unserem Sinne wünschenswert ist. [...] Dort, wo man den österreichischen Zuständen näher ist und sie genauer kennt, ist man fast einstimmig der Meinung, daß Österreich die Krisis schwerlich überstehen wird. In ganz Sachsen und dem größten Teile des übrigen Deutschlands hat die Furcht vor einem österreichischen Siege überhaupt den Haß gegen Bismarck und die preußischen Junker schon überwunden.“ Zitiert nach: Aus einem reichen Leben. Werner von Siemens in Briefen an seine Familie und an Freunde. Ausgewählt und herausgegeben von Friedrich Heintzenberg. Stuttgart 1953, S. 209 f.

31 Werner Siemens an Wilhelm Siemens am 2. Juli 1866, zitiert nach Bähr (wie Anm. 29), S. 224.

32 Werner an Wilhelm Siemens am 2. Juli 1866, zitiert nach: Aus einem reichen Leben (wie Anm. 30), S. 208.

martialische Sprechweise von „Blut und Eisen“³³ und war fasziniert von dessen offenkundigem Plan der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in einem Deutschen Bund nach dem Krieg: „Bismarcks revolutionärer Schritt hat noch alles betäubt. Wir gehen vielleicht einer großen Zeit entgegen.“³⁴ Da wollte er auch den Verfassungsbruch nicht mehr überbewerten und stimmte vor seinem Ausscheiden als Parlamentarier nicht nur selbst für die Indemnitätsvorlage, sondern sorgte in seiner Fraktion auch aktiv für zustimmende Voten anderer: Schließlich sei der Sieger von Königgrätz „jetzt wirklich vom Geist einer großen nationalen Mission ergriffen.“³⁵

Es gab innerhalb liberaler und demokratischer Kreise aber auch völlig andere Beurteilungen der Lage. Fedor Streit befürchtete 1864 in einem Brief an Johann Jacoby, einstiger Radikaldemokrat und zwischen 1863 und 1870 Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus und dort zur äußersten Linken der Fortschrittspartei gehörend, dass dem Nationalverein nach dem Wiener Frieden eine konservativere Richtung gegeben werden und er „zugleich eine mehr schwarzweiße Färbung“³⁶ erhalten solle, was unbedingt zu verhindern sei. Diese Tendenz fürchtete auch der moderatere Berliner Philologe Karl Müllenhoff. Als gebürtiger Dithmarscher hatte er eine ganz eigene Sicht auf die Schleswig-Holsteinischen Entwicklungen. Am 4. August 1864 schrieb er besorgt an den Meldorfer Rektor Wilhelm Heinrich Kolster:

„Eine gute Lösung der Schleswig-Holst.-Angelegenheit [...] würde nur möglich sein, wenn zugleich die deutsche Frage zu einem gedeihlichen Abschluß käme. Aber ist dazu Aussicht vorhanden! Von Preußen allein können wir und ganz Deutschland nur schlechtes und schlimmes erwarten und zwar von dem liberalen Preußen ebenso sehr wie von dem Bismarckischen.“

Der Gegensatz zu seinen Berliner Universitätskollegen war manifest:

„Blind und verblendet rennt die Menge ins Verderben, und die Volkes Lehrer und Weise sein sollten, sind die ärgsten Thoren und Verführer. Trendelenburg hielt

33 „Ohne gewaltsame Niederwerfung [Österreichs, U.M.] würden wir weder Jesuitismus noch Kleinstaaterei je loswerden. Insoweit hatte Bismarck recht mit seinem Ausspruch im Abgeordnetenhaus, nur ‚Blut und Eisen‘ könnte Deutschland zusammenkitten. Es traute ihm nur niemand den festen Willen zu noch die Geschicklichkeit und Macht, die Kamarilla zu überwinden und den König zum Kriege mit Österreich zu treiben. Ob es ihm gelingt, ist noch fraglich. Macht er wirklich einen wesentlichen Fortschritt zur Vereinigung Deutschlands, so wird er ein großer Mann, und seine alten Sünden tun seinem Ruhm wenig Eintrag.“ Werner an Wilhelm Siemens am 2. Juli 1866, zitiert nach ebd., S. 210f.

34 Werner von Siemens an Carl Siemens am 14. April 1866, zitiert nach Bähr (wie Anm. 29), S. 224.

35 Werner Siemens an Wilhelm Siemens am 25. September 1866, zitiert nach ebd., S. 224.

36 Fedor Streit an Johann Jacoby, [Oktober 1863]. In: Edmund Silberner (Hrsg.): Johann Jacoby. Briefwechsel 1850-1877. Bonn 1978, S. 312.

hier gestern eine Rektoratsrede³⁷, so dick Preußisch und so lügenhaft oder doch so voll der größten Selbsttäuschung und Selbstgefälligkeit, daß sich mir ein über das andere mal mein ganzes Inneres umkehrte und daß ich ihn gerne dafür durchgeprügelt hätte und noch durchprügeln würde.“³⁸

Ähnlich skeptisch war Hermann Schulze-Delitzsch, der Preußens Interessen an Schleswig-Holstein im Sommer 1864 anerkannte, aber eine gewaltsame Annexion ablehnte und stattdessen „den Weg moralischer Eroberungen“ durch eine überzeugende liberale und nationale Politik präferierte, die er freilich mit einem Ministerium Bismarcks als illusorisch ansah.³⁹ Auch der radikaldemokratische Schweizer Emigrant Carl Vogt sah den Sieg der Großmächte prinzipiell skeptisch, da diese durch ihre außerdeutschen Besitzungen strukturell anational seien und nicht nur im Falle der Polen, sondern auch „gegen den deutschen Volksgeist in Waffen“ das Selbstbestimmungsrecht der Völker missachteten. Dem Augustenburger werde Preußen die Erbansprüche abhandeln und Schleswig-Holstein einfach annektieren – womit Vogt eine zwar nicht in den Details, sehr wohl aber im Ergebnis zutreffende Prognose lieferte.⁴⁰ Aus der Vogelschau-Perspektive des Historikers umschreibt Christian Jansen das liberale Dilemma nach dem Wiener Frieden kompakt und umfassend:

„Sie hatten in Bezug auf Schleswig-Holstein ihre nationalistischen Ziele vollständig, ihre liberalen überhaupt nicht erreicht, und sie hatten sie nicht selbst erreicht, sondern die Großmächte hatten sie gegen den Willen und teilweise sogar gegen den Widerstand der Nationalbewegung und der Mittel- und Kleinstaaten mit den verhaßten Mitteln der Kabinettpolitik durchgesetzt.“⁴¹

Als noch im Sommer 1866 die Bismarckschen Erfolge allerorten gefeiert wurden, machte sich der ehemalige badische Minister Franz von Roggenbach ganz eigene Gedanken, wie zu einem im Sinne der von ihm angestrebten kleindeutschen Einigung befriedigenden Kriegsende zu kommen sei. Da

37 Die Tendenz verriet sich bereits im Titel: Friedrich Adolf Trendelenburg: Preußens Wesen in seiner Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten Friedrich dem Großen und König Friedrich Wilhelm dem Dritten. In: Ders. Kleine Schriften, Leipzig 1871, S. 78-108. Auch der die Entwicklungen ganz anders rezipierende Philosoph Trendelenburg war ein Landeskinder, er stammte aus Eutin.

38 Müllenhoff an Kolster am 4. August 1864. In: Moritz Liepmann (Hrsg.), Von Kieler Professoren. Briefe aus drei Jahrhunderten zur Geschichte der Universität Kiel. Stuttgart-Berlin 1916, S. 339.

39 Rita Aldenhoff: Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung. Baden-Baden 1984, S. 154 f.

40 Christian Jansen: Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849-1867. Düsseldorf 2000, S. 475.

41 Ebd. S. 503.

Frankreich noch „auf Konfrontationskurs“⁴² sei und den Erfolg des Sieges bei Königgrätz zu torpedieren drohte, entwickelte er „in den so kritischen Nikolsburger Tagen“ den Plan,

„den Österreichern eine zweite Schlacht zu liefern bei Wien, dann einen Heeres-
teil an der ungarischen Grenze stehen zu lassen, mit dem Gros im Gewaltschritt
durch Bayern und Württemberg, in die Nähe des Rheins zu ziehen, den unterwor-
fenen Südstaaten gute Bedingungen zu machen, den Norden, wie geschehen zu
annektieren. Aber als Hauptsache den alten Bund nicht aufheben, nur Österreich
hinauswerfen.“⁴³

Im Grunde, so befand er bald, müsse man sich mit den gegebenen Verhält-
nissen abfinden. Der andauernde Widerstand der demokratischen Föderalis-
ten sei „Philistertum im Löwenpelz der Demokratie.“⁴⁴

Ludwig Bamberger brauchte einige Wochen, um sich den neuen Realitä-
ten gegenüber positiv zu öffnen. „Ich kann mich aber dem Gedanken nicht
verschließen, daß wir trotz Allem einen sehr wichtigen Fortschritt gemacht
haben“, namentlich wegen der Annexionen Hannovers, Kurhessens und
Frankfurts sei „Bismarck alles Andre [zu] vergeben“ – „Ich bin schon ganz
borussifiziert.“⁴⁵ In der Rückschau erinnerte sich auch Bismarcks Vertrauter
Rudolf Delbrück an das Hochgefühl des Sommers 1866, als er meinte, dass
durch das Ausscheiden Österreichs aus dem Staatenbund die deutsche Han-
delspolitik von den Hemmnissen des bisherigen Systems des Zollvereins be-
freit und auf eine neue Grundlage gestellt worden sei.⁴⁶ Die einzelnen Frie-
densverträge mit Österreich, Bayern, Baden und Hessen klopfte er in erster
Linie auf handels- und allgemeine wirtschaftspolitische Bestimmungen ab,
andere Gesichtspunkte traten in den Hintergrund. Mit dem Historiker Her-
mann Oncken gesprochen, gehörte Delbrück also zu „denjenigen, die, ob
mehr aus nationalen oder aus wirtschaftlichen Antrieben, sich mit der neuen
Ordnung der Dinge abfanden, um in ihr das Möglichste für ihre politischen
Ziele zu erreichen.“⁴⁷

Andere liberale Köpfe gossen, wie erwähnt, unverdrossen Wasser in den
Wein. Der Eupener Fabrikant Gustav Hanseemann ließ Johann Jacoby in

42 Ulrich Lappenküper: „Date clé du règne de Napoléon III.“ Frankreich und der preußisch-
österreichische Krieg 1866. In: Heinemann u.a. (Hrsg.): Der preußisch-österreichische
Krieg (wie Anm. 3), S. 89-106, bes. 101 f.

43 Überliefert in einer Mitteilung Gustav Freytags, des langjährigen Herausgebers der
„Grenzboten“, vom 8. Dezember 1866, zit. nach Julius Heyderhoff (Hrsg.): Im Ring der
Gegner Bismarcks. Denkschriften und politischer Briefwechsel Franz v. Roggenbachs mit
Kaiserin Augusta und Albrecht v. Stosch 1865-1896. Leipzig 1943, S. 19.

44 Ebd.

45 Jansen (wie Anm. 40), S. 553.

46 Lebenserinnerungen von Rudolph von Delbrück 1817-1867 Bd. 2. Leipzig 1905, S. 376.

47 Hermann Oncken: Rudolf Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. 2 Bde. Stuttgart/
Leipzig 1910, Bd. 2, S. 11.

einer Reaktion auf dessen Rede vom 23. August 1866 am gleichen Tag wissen, dass er zwar auf ein geeintes Deutschland in Folge der „preußischen Waffentaten“ hoffe, jedoch sei der Krieg

„gegen den Willen des Volkes unternommen worden, und der errungene Sieg komme nicht der Freiheit zugute, sondern dem unumschränkten Herrschertum [...]. Der Ausschluß Österreichs und die Spaltung Deutschlands durch die Mainlinie entferne das deutsche Volk von dem ersehnten Ziel der Einheit und Freiheit weiter als selbst die vor dem Kriege vorhandenen Zustände.“⁴⁸

Und natürlich nicht erst 1866, sondern bereits 1864 hatte es erhebliche Vorbehalte gegenüber dem als wahrscheinlich angesehenen Erstarken Preußens nach dem Friedensschluss mit Dänemark gegeben. Schon seit damals war es sukzessive zu einer erst 1866 vollends eingetretenen Spaltung über die Frage gekommen, ob man „mehr und mehr die Einheit in den Vordergrund [rücken solle] und die freiheitliche Ausgestaltung des Vaterlandes eine spätere Sorge sein lassen“⁴⁹ könne – oder ob nicht die entgegengesetzte Reihenfolge den Prinzipien des Liberalismus entspreche. Welche Divergenzen sich hier zeigten, ist in dem Briefwechsel Rudolf Bennigsen mit Viktor Böhmert, dem Bremer Handelskammersyndikus, aus dem Herbst 1864 ablesbar. Böhmert und seine Gleichgesinnten im Nationalverein tendierten dazu, „alle Hoffnungen auf den preußischen Staat und den kühnen Lenker seiner Geschicke zu stellen“,⁵⁰ während ihre süddeutschen Kollegen davon nichts wissen wollten und Bennigsen zum Lavieren und Beschwichtigen gegenüber beiden Positionen nötigten. Eindringlich mahnte er Böhmert: „In diesem Augenblicke unter dem Eindruck der Bismarckschen Willkürherrschaft ist alles dieses doppelt vorsichtig zu behandeln.“⁵¹

Doch alle Vorsicht nützte nichts, die Liberalen um Bennigsen blieben bei den wesentlichen deutschlandpolitischen Entwicklungen Zaungäste, da die Berliner wie die Wiener Regierung ihre in den Bruderkrieg des Sommers 1866 führende Außenpolitik ohne parlamentarische Rückkopplung oder den Rat des Nationalvereins betrieben. In der „Ansprache des Ausschusses an die Vereinsmitglieder“ räumte die Führungsspitze des Deutschen Nationalvereins am 8. August 1866 prinzipiell wohlwollend und die eigene ephemere Rolle nicht verschleiern ein:

„Eine Reihe erschütternder Ereignisse, welche Schlag auf Schlag aufeinander gefolgt sind, hat die öffentlichen Verhältnisse Deutschlands binnen weniger Wo-

48 Rekonstruktion eines Briefes von Gustav Hansemann an Johann Jacoby vom 23. August 1866. In: Silberner (Hrsg.): Johann Jacoby (wie Anm. 36), S. 391.

49 Oncken: Rudolf Bennigsen (wie Anm. 47), Bd. 1, S. 644.

50 Ebd.

51 Bennigsen an Böhmert am 26. Oktober 1864. In: ebd., S. 646.

chen von Grund auf verändert. Die Nationalpartei steht ohne ihr Zuthun in einer neuen Lage der Dinge gegenüber, welche ihr, unbeschadet ihrer Endziele, neue Aufgaben stellt und neue Pflichten auferlegt.“⁵²

Und noch Mitte November bekundete man gegenüber den Mitgliedern den anhaltenden Orientierungsbedarf angesichts der staatlichen Umwälzungen:

„Durch die Ereignisse des Krieges und den Inhalt des Friedens ist, wie in den öffentlichen Zuständen unseres Vaterlandes, so im Geiste des deutschen Volks eine Revolution hervorgebracht [...]. Monate lang durch den Druck übermächtiger Thatsachen in seiner Bewegung gehemmt, hat der Nationalverein, wie die Nation selbst, auch nachdem die Bahn wieder frei geworden, längere Zeit gebraucht, sich zu sammeln und innerhalb der neuen Lage der Dinge Stellung zu nehmen.“

Diese „innere Arbeit“⁵³ dauere an, man schaue nun auf die angekündigten Wahlen und den Verfassungsgebungsprozess.

Auf dem Weg zur nationalen Einheit akzeptierte das Gros der Liberalen die per se antiliberalen Annexionen⁵⁴ sowie die Errichtung des Norddeutschen Bundes in Folge des Prager Friedens.⁵⁵ Die nationalliberale Mehrheit fügte sich der „Realpolitik“ und stimmte für die Indemnität; nur wenige konnten auch nach Jahren „den Konflikt nicht überwinden [und hielten, U.M] unerschütterlich an der konstitutionellen Parteidoktrin“ fest. Gegen diese essentialistische Position formulierte der Nationalliberale Johannes Miquel 1867 in einer Osnabrücker Wahlrede: „Die Zeit der Ideale ist vorüber. Die deutsche Einheit ist aus der Traumwelt in die prosaische Welt der Wirklichkeit heruntergestiegen. Politiker haben heute weniger als je zu fragen, was wünschenswert, als was erreichbar ist.“⁵⁶ In der Generaldebatte des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes wiederholte Miquel diesen Pragmatismus. Der Norddeutsche Bund sei das Gravitationszentrum auch für die süddeutschen Staaten geworden:

„Auch der Nikolsburger Friedensvertrag wird diese Entwicklung nicht aufhalten. Der Friede von Villafranca that ein gleiches wie der von Nikolsburg; die italienische Nation ist über ihn zur Tagesordnung übergegangen. Wir [...] werden auch übergehen zur Tagesordnung über diese Bestimmungen des Nikolsburger Friedensvertrages.“⁵⁷

52 Abdruck bei Biefang: Der Deutsche Nationalverein (wie Anm. 6), S. 396.

53 Ansprache vom 18. November 1866. In: ebd., S. 403.

54 Die liberale Staatsbürgerzeitung forderte sogar die Abtretung österreichischer Provinzen, etwa Böhmens oder Mährens. Vgl. Koch: Berliner Presse (wie Anm. 8), S. 111.

55 Vgl. pars pro toto Hans Blum: Auf dem Weg zur deutschen Einheit. Erinnerungen und Aufzeichnungen eines Mitkämpfers aus den Jahren 1867 bis 1870, Bd. 1. Jena 1893, S. 3.

56 Oncken: Rudolf Bennigsen (wie Anm. 47), Bd. 2, S. 11.

57 Blum: Auf dem Weg (wie Anm. 54), S. 52.

Miquel hatte damit die Partizipationsnotwendigkeit zum Ausdruck gebracht, die den Nationalliberalen im kommenden Jahrzehnt einen nicht unerheblichen Einfluss auf die politischen Entwicklungen Preußens und im Reich sichern sollte. Ludwig Bamberger saß im Dezember 1870 in Versailles an Bismarcks Tisch und besprach mit diesem Möglichkeiten der Erstürmung, Beschließung oder Belagerung von Paris, „bis sie sich entschlossen, die eigentlichen Friedensbedingungen zu adhären.“⁵⁸ Über Bamberger versuchten sogar Angehörige des linken Zentrums des Corps législatif in geheime Verhandlungen mit den Deutschen einzutreten.⁵⁹

Auch bei den Friedensverhandlungen Ende Januar 1871 waren die Führer der Nationalliberalen eingebunden – sie wurden in Versailles von Bismarck persönlich über die laufenden Gespräche mit Jules Favre und dem Gesandten der Kaiserin Eugénies informiert.⁶⁰ Alte Berührungsängste der Konfliktzeit waren gewichen. Demokratische Grundüberzeugungen und situative Kooperation mit den Monarchen ließen sich unter dem Druck der Ereignisse umstandslos in eins setzen. So schrieb der badische Historiker Hermann Baumgarten seinem Kollegen Heinrich von Treitschke am 9. März 1871: „Ich bin mit dem Ausgang in Versailles sehr zufrieden, besonders auch damit, daß unsere badische echte Gesinnung gegenüber den Lügen der Könige immer mehr zur Anerkennung kommt.“⁶¹ 1872 wechselte Baumgarten an die Reichsuniversität Straßburg.

Die Nationalliberalen waren die Wahlsieger der Jahre 1867 und 1871 und stellten die wichtigste Stütze der Reichsregierung bis zum Ende der 1870er Jahre. Der Preis für die Akzeptanz der Friedensschlüsse Bismarcks und für die Integration ins Bismarck-Reich war die dauerhafte ideell-ideologische Spaltung und parteipolitische Fragmentierung des Liberalismus. Begünstigt wurde dieser Trend nach einer weitreichenden, wenn auch nicht originellen Hypothese des liberalen Sympathien einigermaßen unverdächtigen ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer durch die staatlichen Repressionen Bismarcks. Diese hätten die jeweils unterschiedlichen katholischen bzw. sozialistischen Strömungen parteipolitisch amalgamiert und dafür gesorgt, dass es nicht zu ihrem Aufgehen in den beiden politischen Hauptströmungen, dem

58 Ernst Feder (Hrsg.): Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. Frankfurt a. M. 1933, S. 241.

59 Ebd. S. 487–500.

60 Vgl. Briefe Bennigsen an seine Frau vom 29. Januar und 6. Februar 1871 In: Oncken: Bennigsen (wie Anm. 47), Bd. 2, S. 210. Inwieweit sie Neuigkeiten aus Versailles an ihre lebhaften Anteil nehmende liberale Presse (National-Zeitung, Spencersche Zeitung, Volkszeitung, Staatsbürger-Zeitung) weitergaben, lässt sich im Einzelnen schwer nachweisen. Wie gut die Blätter informiert waren, belegt Koch: Berliner Presse (wie Anm. 8), S. 311–322, die (besonders in der Staatsbürger-Zeitung) durchaus auch kritische Stimmen dokumentiert.

61 Paul Wentzcke (Hrsg.): Im neuen Reich 1871–1890. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer. Bonn-Leipzig 1926, S. 10.

Liberalismus (nach Adenauers zutreffender Einschätzung primär im Westen des Reiches) und dem Konservatismus im Osten des Reiches, gekommen sei. Die Bildung von „an Partikularinteressen orientierten Milieuparteien“⁶² war in Adenauers Augen Bismarcks unseliges Vermächtnis.

IV.

Die liberale Rezeption der Bismarckschen Friedensschlüsse blieb wie die seiner Politik insgesamt im Laufe des 20. Jahrhunderts vielgestaltig. Gebündelt sind etliche prominente Einschätzungen im „Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung“ des Jahres 2015, das seinen Schwerpunkt auf „Bismarck und die Liberalen“ legte. Über die dort versammelten Stimmen hinaus sei hier auf eine Bemerkung von Hugo Preuß verwiesen, der 1915 über den 1866er Krieg bzw. dessen Friedensschluss schrieb:

„Wie mit Österreich so machte Bismarck auch mit dem Konstitutionalismus einen Frieden der Mäßigung. Jenem ließ er sein Gebiet, diesem seine Formen. Daß die siegreiche Obrigkeit diese Formen durch Suspendierung der Verfassung ohne ernstlichen Widerstand hätte zerstören können, bezweifelt er [Bismarck] nicht: ‚Wir hätten dann einen preußischen Eroberungskrieg geführt, aber der nationalen Politik Preußens würden die Sehnen durchschnitten worden sein.‘“⁶³

Der sonst nicht unkritische Staatsrechtler Preuß lobte hier Maß und Mitte des Reichsgründers, dessen Geburt hundert Jahre zurücklag. Mitten im Ersten Weltkrieg gab es unter den Bedrohungen des Reiches mithin eine erneute Annäherung der Erben an seinen Gründer, die sich nach der Euphorie der Friedensschlüsse der Jahre 1864 bis 1871 im parlamentarisch-gesellschaftlichen Alltag bald entfremdet hatten.

62 Vgl. zu den Überlieferungen dieser gegenüber Dritten mehrfach ausgeführten Überlegung Corinna Franz: „Ein großer Außenpolitiker, aber ein sehr schlechter Innenpolitiker“. Otto von Bismarck im Urteil Konrad Adenauers, in: Ulrich Lappenküper (Hrsg.): Otto von Bismarck und das „lange 19. Jahrhundert“. Lebendige Vergangenheit im Spiegel der „Friedrichsruher Beiträge“ 1996-2016. Paderborn, S. 847.

63 Hugo Preuß: Das deutsche Volk und die Politik. Jena 1915, S. 153f. Zur Kritik an Bismarck heißt es weiter unten: „Wohl war nunmehr das Verhältnis zu Parlament und öffentlicher Meinung gründlichst verwandelt, so verwandelt, daß ihnen aus Zweckmäßigkeitsgründen in vielen Dingen Entgegenkommen gezeigt werden konnte, ohne daß der Kernpunkt, die unbedingte Überlegenheit der Obrigkeitsregierung auch nur berührt wurde. Das nennt man bei uns die ‚liberale Epoche‘. Wohl war bei der Reichsgründung das Verhältnis der preußischen Regierung zu den Parlamenten und der öffentlichen Meinung ein völlig anderes, als es bei den vorbereitenden und doch entscheidenden Schritten gewesen war; keine Gegnerschaft mehr, doch auch nicht ebenbürtiges Zusammenwirken, vielmehr Protagonist und Chor.“

